

Herrn Oberbürgermeister Peter Jung

Antrag

Es informiert Sie Ursula Albel
Anschrift Rathaus Barmen
42275 Wuppertal
Telefon (0202) 563 66 77
Fax (0202)
E-Mail ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de
Datum 07.11.2013
Drucks. Nr. VO/1074/13
öffentlich

Zur Sitzung am	Gremium
13.11.2013	Hauptausschuss
18.11.2013	Rat der Stadt Wuppertal

**Resolution Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit
Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE vom 7. November 2013**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Rat der Stadt möge beschließen:

Der Rat der Stadt Wuppertal bittet die VertreterInnen von CDU und SPD, die Fortsetzung der Schulsozialarbeit in ihre Koalitionsgespräche mit aufzunehmen und im Koalitionsvertrag eine dafür ausreichende Finanzausstattung der Länder sicherzustellen.

Begründung:

Die Bundesfinanzierung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket für die Schulsozialarbeit läuft zum 31.12.2013 aus. Das bedeutet für die Schulen den Verlust einer wichtigen Brückenfunktion bei der Entwicklung gemeinsamer pädagogischer Ziele zwischen Schule und Jugendhilfe. Schulsozialarbeit wirkt präventiv, indem sie benachteiligten Kindern zu einer Chance an unseren Schulen verhilft. Ein Wegfall der Schulsozialarbeit würde nicht nur die Schulen immens belasten, auch für zahlreiche Eltern und Kinder in teils kritisch familiären Lebensumständen würde der Schaden sehr groß sein.

Es gibt viele Problemlagen, die fast täglich an den Schulen und außerhalb zu beobachten sind:

- Kindeswohlgefährdung,
- Verwahrlosung in den Familien,
- Langzeitarbeitslosigkeit der Eltern,
- unkontrollierter Medienkonsum,
- Suchtverhalten,
- Gleichgültigkeit gegenüber den eigenen Kindern bzw. Hilflosigkeit,
- Inkompetenz,
- Gefühls- und Verhaltensdefizite,

- eingeschränktes Konfliktverhalten,
- geringe Frustrationstoleranz,
- fehlendes Selbstwertgefühl,
- Aggressivität,
- niedrige Hemmschwelle bei Anwendung von Gewalt u.v.m.

Hinsichtlich der Umsetzung der Inklusion ist der Bedarf an Schulsozialarbeit noch weiter gestiegen. Die vielen Lernniveaus (geistige Lernbehinderungen, soziale/emotionale Störungen, Sprachstörungen, Dyskalkulie, LRS, ADHS, ADS u.v.m.) der SchülerInnen können allein durch die LehrerInnen im Unterricht nicht mehr abgefangen werden.

Schulen brauchen die sozialpädagogische Professionalität der SchulsozialarbeiterInnen, um den Kindern an unseren Schulen die gleichen Chancen zu geben!
Inklusion als pädagogische Aufgabe wird langfristig scheitern, wenn sie sich nur auf das „Lehren und Lernen“ beschränkt!

Eine Schule auf dem Weg zu Inklusion muss sich unbedingt in der heutigen Gesellschaft zum Sozialraum öffnen und benötigt dringender denn je Kooperation.

Wenn die bisherigen Stellen der Schulsozialarbeit aus dem Bildungspaket wegfallen, weitet sich die bereits bestehende große soziale Ungerechtigkeit aus. Die Leidtragenden werden am Ende unsere Kinder mit Benachteiligungen sein.

Die Schulen brauchen dringend die Hilfe der Schulsozialarbeit und deren Ansätze, um Inklusion an unseren Schulen umzusetzen. Sämtliche Strukturen und Arbeitsprozesse, die bis heute in und um die Schule aufgebaut wurden, dürfen nicht ersatzlos wegbrechen!

Wir fordern daher die vollumfängliche Weiterfinanzierung und Entfristung der Schulsozialarbeit.

Mit freundlichen Grüßen

Gerd-Peter Zielezinski
Fraktionsvorsitzender